

Kinderschutz in der Medizin verankern!

Stand 06.12.2021

Gemeinsamer Impuls von



Deutsche Gesellschaft für
Kinderschutz in der Medizin



Berufsverband der
Kinder- und Jugendärzte e.V.

MEDECON^{RUHR}
Netzwerk der Gesundheitswirtschaft an der Ruhr

UNSERE ZIELE

Auch im Gesundheitssystem Verantwortung übernehmen

Zunehmende Fallzahlen von Gewalt gegen und Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen machen deutlich, dass Kinderschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Auch medizinische Einrichtungen müssen Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag leisten.

Dunkelziffer verringern

Jedem von einer Kindeswohlgefährdung betroffenen Kind, das an irgendeiner Stelle im Gesundheitssystem vorstellig wird, soll die jeweils notwendige medizinische Expertise und Hilfe zuteilwerden.

Einheitliche Versorgungsstrukturen etablieren

Strukturen für den Kinderschutz müssen entlang der Versorgungsketten im Gesundheitssystem standortunabhängig nach den gleichen Regeln, Mechanismen und Logiken organisiert sein.

Spezielle Angebote für Gesundheitseinrichtungen schaffen

Gesundheitseinrichtungen müssen im Bedarfsfall zeitnah und niederschwellig auf Beratungs- und Konsultleistungen z.B. von Kinderschutzgruppen, aus der Rechtsmedizin, (Sozial-)Pädiatrie sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie zurückgreifen können.

Verlässliche Netzwerkarbeit ermöglichen

Kinderschutz kann nur als gemeinsames Wirken der Akteure gelingen. Daher müssen einrichtungs-, sektoren- und sozialgesetzbuchübergreifende Netzwerke fallunabhängig aufgebaut und gepflegt werden.

Sozialräumliche Versorgungsmodelle einbeziehen

Medizinischer Kinderschutz muss als Aufgabenfeld der Daseinsvorsorge immer auch integrierter Bestandteil sozialräumlich orientierter Versorgungsmodelle sein.

GKV-Regelfinanzierungsmodelle umsetzen

Flächendeckend geltende Systematiken setzen Ressourcen voraus. Dafür müssen regelhafte und verlässliche Finanzierungsmechanismen im Gesundheitssystem geschaffen werden.



Kindeswohlgefährdung – Zahlen, Daten, Fakten

Im Jahr 2019 haben die Jugendämter in Deutschland bei steigender Tendenz **173.029** Gefährdungseinschätzungen vorgenommen. In **27.980** Fällen konnte Kindeswohlgefährdung festgestellt werden, in **27.547** Fällen konnte eine solche Gefährdung zumindest nicht ausgeschlossen werden. Somit ist Kinderschutz ein drängendes gesellschaftliches Thema, in welchem vier verschiedene Gefährdungspotenziale identifiziert werden können:

- körperliche Gewalt,
- sexualisierte Gewalt,
- seelische Gewalt und
- Vernachlässigung

Die Rolle des Gesundheitssystems im Kinderschutz

Im Kinderschutz kommt insbesondere der Medizin eine zunehmende Bedeutung zu. Denn nur wenn es gelingt, Verdachtsmomente zeitnah und effizient auszuräumen bzw. einen Verdacht rechtsverwertbar begründet zu bestätigen, können Familien passgenau unterstützt werden.

Während sich die Gefährdungseinschätzung seitens der Jugendhilfe vornehmlich auf soziale und familiäre Kontexte wie Anbindung an verschiedene Institutionen (Kindertagesstätten, Schulen, etc.), kulturelle Hintergründe, den finanziellen Status der Familie, Bildungsstand und etwaige psychische Probleme der Eltern bezieht, ist die Einbindung der medizinischen Diagnostik gerade bei der Verdachtsklärung häufig unabdingbar.

Nicht detektierte oder nicht durch die Hilfesysteme aufgefangene Kinderschutzfälle ziehen dagegen weitreichende Folgen nach sich, die mit der individuellen Kindesentwicklung sowie mit gesellschaftlichen Folgekosten zusammenhängen.



Auswirkungen von Kindeswohlgefährdung

auf die individuelle Entwicklung

- psychische Traumatisierung
- sozialmedizinische Problemstellungen (Entwicklungsverzögerungen, Leistungsdefizite, Bindungsstörungen, Probleme der sozialen Anpassung)
- Schlafstörungen, Essstörungen, Leistungsdefizite
- chronische Schmerzzustände ohne organische Ursachen
- u.v.m.

auf gesellschaftliche Folgekosten

- Gesundheitsausgaben (Akutbehandlung, Behandlung psychischer und psychosomatischer Folgeerkrankungen, Medikamente, Rehabilitationsmaßnahmen)
- Verminderte Berufschancen (inklusive verminderter Sozialversicherungsbeiträge oder soziale Sicherungsleistungen)
- erhöhtes Kriminalitätsrisiko